

VD / Einfache Anfrage SVP-Fraktion vom 28. April 2025

Helvetia-Baloise-Fusion: Warum konnte die Regierung die Verlagerung des Hauptsitzes nicht verhindern?

Antwort der Regierung vom 10. Juni 2025

Die SVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 28. April 2025 nach der Einschätzung der Regierung zum geplanten Zusammenschluss der beiden Versicherungsgruppen Helvetia und Baloise bzw. zu deren Ankündigung, den Hauptsitz der fusionierten Holding in Basel anzusiedeln. Die SVP-Fraktion interessiert sich nebst den zu erwartenden Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort St.Gallen insbesondere für die Frage, was die Regierung unternommen hat, um die Verlagerung des Hauptsitzes zu verhindern.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Ihre Einschätzung zur angekündigten Fusion der beiden Versicherungsunternehmen Helvetia und Baloise zur Helvetia Baloise Holding AG hat die Regierung bereits in ihrer Antwort auf die Einfache Anfrage 61.25.25 «Gefährdete Arbeitsplätze, geschwächter Bildungsstandort, drohende Steuerausfälle – wie kann St.Gallen wieder attraktiv werden?» dargelegt. Sie wird im persönlichen Austausch mit der alten und neuen Konzernspitze darauf hinarbeiten, dass zentrale Geschäfts- und Dienstleistungsbereiche der heutigen Helvetia, die historisch in St.Gallen angesiedelt sind, auch weiterhin in der Region bleiben. Ausserdem beschäftigt Helvetia hier zahlreiche Fachspezialistinnen und -spezialisten, die sie anderorts nicht so leicht findet. Es liegt daher auch im eigenen Interesse von Helvetia, diese Fachkräfte weiterhin zu halten. Angesichts der Tatsache, dass die Verantwortlichen bekräftigt haben, dass der Standort St.Gallen auch in der fusionierten Holding eine wichtige Rolle spielen wird, liegt der künftige wirtschaftliche Erfolg des gesamten Unternehmens auch im Interesse des Kantons St.Gallen.

Zu den einzelnen Fragen:

1., 2. und 4. *Hatte die Regierung bzw. hatten einzelne Regierungsmitglieder Kenntnis von den Verhandlungen der beiden Unternehmen über eine Fusion und wenn ja, seit wann?*

Hat die Regierung Gespräche mit den Verantwortlichen der Helvetia geführt, um sich für den Verbleib des Hauptsitzes in St.Gallen einzusetzen?

Welche Massnahmen hat die Regierung geprüft oder ergriffen, um die Verlagerung des Hauptsitzes und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Steuerertrag sowie den Wirtschaftsstandort St.Gallen zu verhindern?

Die Mitglieder der Regierung pflegen zwar den regelmässigen Austausch mit Unternehmen, die im Kanton tätig sind, unter anderem auch mit dem Verwaltungsrat und dem Management der Helvetia. Betreffend die Fusion mit Baloise bzw. die Verlagerung des Hauptsitzes hatte die Helvetia jedoch aus nachvollziehbaren Gründen nicht den Kontakt zur St.Galler Regierung gesucht. Aus Sicht des Kantons St.Gallen gab es im konkreten Fall schlicht keine Handhabe für materielle Verhandlungen. Der Vorsteher des Finanzdepartementes wurde im Rahmen des Steuerrulings über die Verlagerung des Hauptsitzes nach Basel vertraulich informiert. Der Verwaltungsratspräsident von Helvetia hat

den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes kurz vor der offiziellen Bekanntgabe über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.

3. *Welche konkreten steuerlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Regierung für den Kanton St.Gallen als Folge der Verlagerung des Hauptsitzes der Holding nach Basel?*

Die Regierung verweist auf ihre Antwort auf die Einfache Anfrage 61.25.25 «Gefährdete Arbeitsplätze, geschwächter Bildungsstandort, drohende Steuerausfälle – wie kann St.Gallen wieder attraktiv werden?». Weiterführende bzw. konkretere Aussagen zu den Folgen der Verlagerung des Hauptsitzes wären zum jetzigen Zeitpunkt spekulativer Natur.

5. *Zieht die Regierung Lehren aus dieser Situation, indem sie eine Strategie entwickelt, um bedeutende Unternehmenssitze im Kanton zu halten bzw. neue Ansiedlungen zu fördern?*

Die Regierung verweist auf ihre Antwort auf die Einfache Anfrage 61.25.25 «Gefährdete Arbeitsplätze, geschwächter Bildungsstandort, drohende Steuerausfälle – wie kann St.Gallen wieder attraktiv werden?». Regierung und Parlament müssen sich bewusst sein, dass sie zwar die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestimmen, jedoch keinen direkten Einfluss auf Unternehmensentscheide nehmen können.